



Gespräch mit AUNS-Gründer und alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher

«Ich freue mich auf diese Volksabstimmung. Das Schweizer Volk will sicher nicht in die EU.»

Bereits 2013 gründeten Sie das Abstimmungskomitee «EU-No» gegen ein geplantes Rahmenabkommen mit der EU. Was war der Auslöser, der Inhalt des Abkommens war ja noch nicht bekannt?

Ich erhielt den Brief des damaligen EU-Vorsitzenden Barroso in die Hand. Er schrieb darin an die damalige Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf, dass die EU einen Rahmenvertrag mit der Schweiz abschliessen möchte. Und weiter erfuhr ich, dass der Bundesrat auf dieses Begehren eintreten wollte. An der Albigütlitagung 2014 the-

matisierte ich diese unglaubliche Unterwürfigkeit und verlas eine Antwort, die der Bundesrat an die EU absenden müsste, wenn er die Schweiz nicht ausliefern will. Dieser Musterbrief, den ich damals dem anwesenden Bundespräsidenten Didier Burkhalter überreichte, ist heute noch auf der Homepage der SVP Kanton Zürich und auf meiner eigenen abrufbar. Aber der Bundesrat hat wohl leider einen gegenteiligen Brief geschrieben. Das führte zum siebenjährigen Drama, das der Bundesrat am 26. Mai 2021 glücklicherweise beendet hat.

Am 26. Mai 2021 teilt der Bundesrat mit, dass er die Verhandlungen über das Rahmenabkommen abbricht. Haben Sie mit diesem Entscheid gerechnet?

Noch bis vor einem Jahr glaubte ich nicht, dass der Bundesrat die Kraft hat, abzubrechen. Ich bereitete mich auf die Volksabstimmung vor, um dann diesen Unterwerfungsvertrag zusammen mit AUNS, EU-No und anderen Komitees, die ich noch nicht kannte, zu bekämpfen.

Die bundesrätliche EU-Politik ist seit Jahrzehnten eher EU-orientiert und

Ich erhielt den Brief des damaligen EU-Vorsitzenden Barroso in die Hand.

Bruxelles, 21 DEC. 2012
PRES (2012) 1548156

José Manuel Barroso
Président de la Commission européenne

Madame la Présidente,

Faisant suite à mon courrier du 7 juillet et à une réflexion approfondie au sein de la Commission ainsi qu'avec le Conseil de l'Union européenne et le Parlement européen, j'ai le plaisir de vous transmettre la position de l'Union européenne vis-à-vis des propositions institutionnelles contenues dans votre lettre du 15 juin 2012.

.../...

Vos propositions se réfèrent au futur accord sur l'électricité. Comme vous le savez, il est crucial pour l'Union que les questions institutionnelles soient résolues préalablement par rapport à tous les accords ayant trait au marché intérieur, tant existants que futurs, sur la base d'un cadre institutionnel horizontal qui garantirait à nos relations une sécurité juridique ainsi qu'une cohérence accrues.

Comme souligné dans les conclusions du Conseil, l'Union considère que ce cadre horizontal devrait prévoir un mécanisme juridiquement obligatoire pour l'adaptation des accords à l'évolution des règles applicables dans le marché intérieur. Je prends note que votre proposition envisage la possibilité d'exceptions à cette adaptation que l'on souhaite non nécessairement automatique, mais dynamique, du droit des accords UE-Suisse. Cette possibilité d'exceptions est problématique pour l'Union du point de vue du maintien de l'homogénéité du droit, laquelle ne pourrait pas être rétablie, à notre avis, par d'éventuelles mesures de compensation.

Je me réjouis aussi de la disponibilité exprimée dans votre lettre concernant l'inclusion dans les accords UE-Suisse de l'obligation de tenir compte de l'interprétation des règles pertinentes donnée par la Cour de justice de l'Union européenne.

Übersetzung auf Deutsch

Der Rat unterstreicht die Absicht der EU, dass der Rahmenvertrag einen Mechanismus beinhalten muss, der die zwingende Übernahme von Regeln (EU-Gesetzen, Anm. d. Red.) vorsieht.

... in den Abkommen EU-Schweiz die Verpflichtung zu übernehmen, die Auslegung der einschlägigen Gesetze durch den EU-Gerichtshof zu beachten.

Son Excellence
Madame Eveline Widmer-Schlumpf
Présidente de la Confédération suisse
Bundesgasse 3
3003 Berne, Suisse

EU-freundlich. Werden die Landesregierung, das Aussendepartement, die Parlamentsmehrheit und die Parteien ihren EU-Annäherungskurs ändern?

Das glaube ich leider nicht. Das Aussendepartement, aber auch zahlreiche Bundesbeamte, viele Politiker, ausser der SVP alle Bundesratsparteien und die linken Roten und Grünen streben in die EU. Hütet Euch vor den EU-Turbos in der Classe politique. Das ist die wichtigste Aufgabe der AUNS!

6. Dezember 1992: Die Schweiz lehnt den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Sie kämpften damals mit der AUNS an vorderster Front für das Nein. Welche Parallelen haben der EWR-Beitritt und das Rahmenabkommen?

Das Grundübel ist das Gleiche. Man hätte sich mit beiden Verträgen, für wesentliche Teile der schweizerischen Gesetzgebung, der EU als zukünftigem Gesetzgeber verpflichten müssen, fremde Gesetze, fremde Richter und ein praktisches Kündigungsverbot zu übernehmen. Kurz: Ende der Souveränität, Abschaffung der direkten Demokratie und des schweizerischen Föderalismus. Das heisst weniger Freiheit, weniger Wohlstand. Den Menschen ging es schlechter!

Gewisse Kreise fordern nach dem 26. Mai 2021 nun den Beitritt zum EWR. Aus souveränitätspolitischer Sicht also keine Option?

Nein, absolut nicht.

Und die EU-Beitrittsforderungen der SP-Parteispitze?

Ich freue mich auf diese Volksabstimmung. Das Schweizer Volk will sicher nicht in die EU.

Im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen kam die Schweizer Souveränität sehr spät zur Diskussion. Was bedeutet Souveränität aus Schweizer Sicht?

Man hat die Frage der Souveränität bewusst verdrängt. Diese stand am Anfang unseres Widerstandes. Souverän ist ein Volk, das die Zukunft selber bestimmen kann. Und in der Schweiz sind es die Bürger, die nicht nur Wähler, sondern auch oberster Gesetzgeber sind.

Die Reaktionen der Befürworter der institutionellen Anbindung verfielen in das altbekannte Jammerlied des «Untergangs». Sie prophezeien, lautstark unterstützt von EU-Politikern wie dem deutschen Andreas Schwab, die bilateralen Marktzutrittsabkommen werden «erodieren». Energiepolitiker warnen vor Stromknappheit, weil jetzt ein EU-Energieabkommen nicht möglich sei, die Medtech-Branche wird als Kronzeuge für den Verlust des barrierefreien Marktzugangs genannt. Wie beurteilen Sie als Exportunternehmer, die Situation?

Alles altbekannte Maschen. So war es auch bei der EWR / EU-Abstimmung. Es hiess: Bilaterale Verträge

gibt es nicht mehr, nur noch multilaterale. Und was ist passiert? Das Gegenteil. Auch für Exportunternehmen gilt es, die schweizerischen Rahmenbedingungen sind besser als die der EU. Statt diese zu stärken, öffnet man in Bern EU-Nivellierungen nach.

Soll als Zeichen des guten Willens nun die «Marktzutrittsgebühr», die sogenannte Kohäsionsmilliarde rasch bezahlt werden?

Das Bezahlen ist falsch. Aber auf jeden Fall nicht als «Marktzutrittsgebühr». Ein solcher Zahlungsgrund wäre noch schlimmer als die 1.4 Milliarden.

Was muss jetzt die Schweizer EU-Politik tun?

Warten und schauen. Gegenseitige Probleme mit bilateralen Verträgen auf Augenhöhe lösen - aber ohne institutionelles Anbinden.

1. Februar 1871 – der Deutsch-Französische Krieg geht zu Ende – in nur drei Tagen überschreiten über 87'000 Soldaten der französischen Ost-Armee unter General Charles Denis Bourbaki im Jura die Schweizer Grenze. Man kann sich die politische und logistische Herausforderung für den jungen Bundesstaat Schweiz gar nicht vorstellen. Können wir aus diesem Ereignis für die Gegenwart und Zukunft unseres Landes so etwas wie Leitmotive entnehmen?

Das war vorbildlich. In Not aufnehmen und schützen, nach der Gefährdung wieder Entlassung nach Hause. Das ist humanitäre Hilfe.

19. Juni 1986 – in Bern wird unter dem Vorsitz von alt FDP-Nationalrat Dr. Otto Fischer die AUNS gegründet. Die AUNS ist quasi die Nachfolgeorganisation des erfolgreichen Komitees gegen den Uno-Beitritt (am 16. März 1986 sagt die Schweiz Nein

zum Uno-Beitritt). Sie werden zum Präsidenten gewählt. Im Vorstand nehmen mehrere Nationalräte aus der SVP, FDP, CVP, EVP und sogar der Aargauer FDP-Ständerat Dr. Hans Letsch Einsitz. Was waren vor 35 Jahren die Beweggründe für die Gründung, damals war «die Welt doch noch in Ordnung»?

Bis Ende der 80-iger (Fall der Berliner Mauer) war die Souveränität unbestritten. Seither agieren die meisten Politiker in dieser Frage kopflos!

Sehr geehrter Herr Dr. Blocher, wir danken herzlich für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte AUNS-Geschäftsführer Werner Gartenmann

